

Materialien zum Fachkongress 24

Fortschritt für die 90er:

**Moderne Technik
in einer humanen
Arbeitswelt.**

Forum 6

"Büros und Fabriken der Zukunft"

Siegfried Bleicher

(IG Metall - Vorstand)

SPD

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zum Einstieg in unsere Diskussion über "Büros und Fabriken der Zukunft" bin ich gebeten worden, aus der Sicht der Gewerkschaften einige Thesen zu formulieren.

1. These:

Ich unterstreiche den Titel für das von der SPD geplante Forschungs- und Aktionsprogramm: "Zukunft der Arbeit". Ich kritisiere, daß diese richtige Sichtweise nicht im Titel dieses Forums auftaucht. Für uns geht es um die "Zukunft der Arbeit" in den Büros und Fabriken der Zukunft. Das ist keine Wortklauberei, wie der eine oder andere von Ihnen vielleicht denken mag. Das ist eine Frage des Standpunktes und des politischen Willens: Wer soll im Mittelpunkt stehen - der Mensch und seine Arbeit, dem sich Technik, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatz anzupassen haben - oder umgekehrt, daß der Mensch sich den technischen Bedingungen unterzuordnen hat und zur Restgröße wird. Letzteres ist leider noch immer die überwiegende Wirklichkeit. Und diese technokratische Sichtweise kommt in dieser Überschrift zum Ausdruck. Zuerst werden die Büros und Fabriken gebaut und dann wird überlegt, daß in ihnen Menschen arbeiten sollen.

Deshalb fordere ich von einem sozialdemokratischen Programm über die Zukunft der Arbeit, daß es diesen Perspektivwechsel zum durchgängigen Bestandteil des Programms macht und nicht nur als schön klingende Überschrift verwendet.

2. These:

Die Arbeit in den Büros und Fabriken der Zukunft wird neu verteilt. Abhängig von unternehmenspolitischen Entscheidungen, wie z.B. über die Neustrukturierung von Hersteller- und Zulieferbeziehungen,

Über die Verringerungen der Fertigungstiefe, über die Einführung von Just-in-Time-Konzepten, der Bildung von Profit- oder Coast-Centers, über Auslagerung von Dienstleistungen, also abhängig von der jeweiligen Unternehmenspolitik, werden immer auch Entscheidungen über die Qualität von Arbeit und Quantität von Arbeit in den Büros und Fabriken getroffen.

Solche Umbruchsituationen sind heute an der Tagesordnung. Mit diesen Unternehmensentscheidungen wird über die Zukunftschancen nicht nur der in den Büros und Fabriken arbeitenden Menschen einschließlich ihrer Familien entschieden. Unternehmenspolitik entscheidet über die Zukunft ganzer Regionen. Schließlich erhöhen diese systemischen Rationalisierungskonzepte die Konkurrenz unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eines Betriebes. Es werden Belegschaften verschiedener Betriebe, Unternehmen sowie Regionen gegeneinander ausgespielt.

Wer also die Zukunft der Arbeit in Büros und Fabriken, die Arbeitsinhalte und Zahl der Arbeitsplätze mit beeinflussen will - und das müssen nach unserer Auffassung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften -, der muß auf die Qualität und Quantität von Investitionsentscheidungen Einfluß nehmen können. Ein sozialdemokratisches Forschungs- und Aktionsprogramm: "Zukunft der Arbeit" muß deshalb Möglichkeiten eröffnen, im demokratischen Diskurs Vorstellungen für zukünftige Formen von Arbeit in Büros und Verwaltungen zu entwickeln. Dafür sind die notwendigen finanziellen Mittel für die Beratung von Betriebsräten und die Durchführung trägerautonomer Gewerkschaftsprojekte zur Verfügung zu stellen. Aber auch das greift zu kurz, wenn nicht gleichzeitig die rechtlichen und politischen Gestaltungshebel bereitstehen. Dazu ist das gesetzliche Instrumentarium der Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene hin zur Produktmitbestimmung auszudehnen und in ein gesamtgesellschaftliches Mitbestimmungskonzept der Unternehmens- und Branchenmitbestimmung einzubetten.

3. These:

Die Arbeit in den Büros und Fabriken sozial- und umweltverträglich zu gestalten, erfordert eine Gesamtsicht betrieblicher Arbeitsprozesse. Wie ich bereits in meiner 2. These ausgeführt habe, wird Arbeit neu verteilt und das spiegelt sich auch in den Betrieben selbst, im Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten, wieder. Wir müssen den Trend stoppen, daß immer mehr Arbeit aus der Werkstatt in die Büros verlagert wird. Eine Ursache hierfür liegt vielleicht darin, daß überwiegend Angestellte die Arbeit von Arbeitern planen. Ein sozialdemokratisches Forschungs- und Aktionsprogramm "Zukunft der Arbeit" muß beispielhafte Lösungen entwickeln, die die Chancengleichheit für Arbeiter und Angestellte wieder herstellt. Dazu gehört, daß die Arbeit in den Werkstätten wieder attraktiv wird: Inhaltlich aber auch durch den gezielten Abbau von Belastungen. Das kann selbstverständlich bedeuten, daß Arbeit aus sogenannten Angestelltenbereichen wieder in sogenannte Arbeiterbereiche zurückverlagert wird. Sogenannt deshalb, weil häufig nicht mehr erkennbar ist, weshalb bestimmte Tätigkeiten der sozialversicherungsrechtlichen Kategorie Angestellte bzw. Arbeitern zugeordnet werden.

Dieser Ansatz erfordert jedoch auch, daß materielle und rechtliche Bedingungen geschaffen werden, die dabei unausweichlich auftretenden Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Beschäftigungsgruppen solidarisch auszutragen. Die IG Metall hat dies übrigens in einer Reihe von Fällen erfolgreich praktiziert.

4. These:

Die Arbeit in den Büros und Fabriken der Zukunft kann entscheidend von der staatlichen Technologie- und Forschungspolitik beeinflusst werden. Nach unserem Verständnis darf sich staatliche Forschungs- und Technologiepolitik jedoch nicht in der Förderung sogenannter Zukunftstechniken wie den I- und K-Techniken, das CIM-Förderungsprogramm oder die Mikroelektronik erschöpfen. Diese Förderschwerpunkte sind entweder aus den Subventionsinteressen der Industrie entstanden oder sie folgen internationalen Modetrends: "High-Tech ist eben in".

Wir verlangen, daß zukünftige Förderschwerpunkte aus humanen und ökologischen Zukunftsvorstellungen abgeleitet werden und einen Beitrag zur Zukunftsvorsorge unserer Gesellschaft und damit auch für humane und soziale Arbeitsplätze in den Büros und Fabriken leisten. Ein sozialdemokratisches Forschungs- und Aktionsprogramm "Zukunft der Arbeit" muß im gesellschaftlichen Diskurs Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft entwickeln. Dabei sind beschäftigungs-, human-, sozial- und umweltbezogene Kriterien gleichberechtigt neben Wettbewerbsargumenten zu berücksichtigen. Soll staatliche Technologie- und Forschungspolitik gesellschaftliche Zukunftsvorsorge beinhalten - und das ist unser Anliegen! - dann muß sie sich den Weg dazu im demokratischen legitimierten Diskurs erschließen.

5. These:

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, daß diese andere Sichtweise, die die Zukunft der Arbeit zum Ausgangspunkt einer sozialen Gestaltungspolitik in Büros und Fabriken macht, sich nicht nur an dem allgemeinen Gestaltungsanspruch der Unternehmer reibt. Technologiefolgenabschätzung ist als programmbegleitender und programmsteuernder, öffentlicher Diskussionsprozeß zu organisieren. Dafür müssen den gesellschaftlichen Gruppen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich kompetent daran beteiligen können. Diese Diskussion muß auf vielen Ebenen erfolgen. Es ist ein breites Spektrum von Modellen zu erproben, in denen auch Diskussionen um Zukünfte von Arbeit in Büros und Fabriken einen zentralen Stellenwert haben. Sie ist heute weitgehend unverstanden im Denken und Handeln von Ingenieuren und Planern, die durch ihre Tätigkeit ja mit über die Zukunft entscheiden. Ein solcher Ansatz stößt auch auf Schwierigkeiten bei den unmittelbar betroffenen Arbeitern und Angestellten. Insofern kommt es einem Paradigmenwechsel gleich, wenn wir zunächst einmal über die Zukunft der Arbeit streiten und die Zukunft der Technik als abgeleitete Größe betrachten. Wobei ich davon überzeugt bin, daß unser Ansatz die Zukunft ist.